Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6930

12. 02. 97

Antrag

der Abgeordneten Cem Özdemir, Amke Dietert-Scheuer, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Angelika Beer, Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Uschi Eid, Rita Grießhaber, Antje Hermenau, Ulrike Höfken, Monika Knoche, Dr. Angelika Köster-Loßack, Steffi Lemke, Winfried Nachtwei, Christa Nickels, Simone Probst, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Ursula Schönberger, Waltraud Schoppe, Werner Schulz (Berlin), Marina Steindor, Christian Sterzing, Manfred Such und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Visumspflicht für Kinder und Jugendliche aus den früheren Anwerbeländern zurücknehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Einführung einer Visumspflicht für Jugendliche aus der Türkei, den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien, Marokko und Tunesien ist kinder-, familien- und integrationsfeindlich. Sie führt zu unnötigen Behinderungen bei Besuch und Familiennachzug der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Die gleichzeitige Einführung einer Aufenthaltsgenehmigungspflicht auch für hier geborene und aufgewachsene Kinder und Jugendliche schafft bei den Betroffenen und ihren Familien eine große Verunsicherung und erschwert die Integration. Sie steht auch im Gegensatz zu den Bemühungen, noch in dieser Legislaturperiode durch eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts die Rechtsstellung dieser Kinder und Jugendlichen entscheidend zu verbessern.

Die Einführung einer Ausschlußfrist für die Stellung des Antrags auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung bis zum 31. Dezember 1997 sowie der Umstand, daß den betroffenen Jugendlichen bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs jeweils nur zeitlich befristete Aufenthaltsgenehmigungen erteilt werden können, verschärft die Problematik zusätzlich. Es ist damit zu rechnen, daß viele Familien in Unkenntnis der Rechtslage die betreffenden Fristen versäumen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die am 15. Januar 1997 in Kraft getretene Verordnung zur Änderung des § 2 Abs. 2 der Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz (AuslG-DV) ist zurückzunehmen.

III. Der Deutsche Bundestag bittet die Länder zu beschließen:

Die Bundesländer werden einer Anschlußverordnung zur Ausweitung der Visumspflicht nicht zustimmen.

Bonn, den 12. Februar 1997

Cem Özdemir
Amke Dietert-Scheuer
Rezzo Schlauch
Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Angelika Beer
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Rita Grießhaber
Antje Hermenau
Ulrike Höfken
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Simone Probst
Christine Scheel
Irmingard Schewe-Gerigk
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Ursula Schönberger
Waltraud Schoppe
Werner Schulz (Berlin)
Marina Steindor
Christian Sterzing
Manfred Such
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333